



Dumawahlen 2011: Russland vor einer politischen Wende?

Boris Makarenko

Beim Versuch die russische Parteienlandschaft und den gegenwärtigen Wahlkampf am Vorabend der am 4. Dezember 2011 stattfindenden Dumawahlen zu analysieren, steht man vor einem unlöslichen Widerspruch: Zwar sprechen alle Akteure, von der „Partei der Macht“ bis zur Opposition, von der Notwendigkeit einer tiefgreifenden politischen Wende – jedoch verspricht keine der realistischen Prognosen für den Wahlausgang einen grundlegenden politischen Wandel in naher Zukunft.

Zum Autor: Boris Makarenko ist Politikwissenschaftler und Vorstandsvorsitzender des Zentrums für Politische Technologien und Leiter der Abteilung für gesellschaftspolitische Probleme der Entwicklung im Institut für moderne Entwicklung (INSOR)

Die Wahlprogramme der Oppositionsparteien strotzten vor Sätzen wie „Russland fordert eine Wende“ (*Jabloko-Partei*), „scharfe Kurve in der Geschichte Russlands“ (*KPRF*), „das Land steht vor einer lebenswichtigen Wahl“ (*Gerechtes Russland*) oder „Russland leidet an einem Krebsgeschwür, das die Entwicklung des Landes gelähmt hat“ (*Patrioten Russlands*). Selbst *Einiges Russland* und sein Spitzenkandidat Dmitri Medwedew sprechen von der Notwendigkeit einer „runderneuten“ Zusammensetzung der Regierung und darüber, dass „die Modernisierung der Wirtschaft, des sozialen Lebens und auch des politischen Systems der Kurs ist, den wir, auch wenn es schmerzt, einschlagen müssen“.

Wird es also eine Wende geben? Aller Voraussicht nach wird der Wahlausgang wenig ändern. Es ist absehbar, dass *Einiges Russland* die Mehrheit der Sitze in der Staatsduma gewinnen wird. Von den Oppositionsparteien werden die *Kommunistische Partei (KPRF)* und die *Liberal-Demokratische Partei (LDPR)* mit Sicherheit im Parlament vertreten sein. Beide sind jedoch Nischenparteien, die außerstande sind neue Wählerschichten zu erschließen. Um eine Vertretung in der Duma wird auch *Gerechtes Russland* kämpfen, eine Partei der linken Mitte, die zwar Lebenszeichen von sich gibt, jedoch einem starken Druck von Seiten der regierenden Bürokratie ausgesetzt ist. Der Versuch, eine halbloyale Partei rechts von der „Partei der Macht“ zu gründen, wurde von der Staatsmacht unterbunden. Die Liste der potentiellen Präsidentschaftskandidaten für die Wahl im März 2012 – Gennadi Sjuganow, Wladimir Schirinowski,

Grigori Jawlinski – wirkt alles andere als neu. Auch mit Hilfe einer Lupe wäre es schwer auf den Wahllisten der Parteien neue und vielversprechende Persönlichkeiten zu entdecken. Vor allem aber steht so gut wie fest, dass der Staat auch nach 2012 von Wladimir Putin, der schon seit 1999 an der Macht ist, und von Dmitri Medwedew als Ministerpräsident regiert werden wird. Auch wenn beide Pläne für einer grundlegende gesellschaftliche Erneuerung haben, bleiben deren Einzelheiten der Öffentlichkeit vor-enthalten.

Das Wahljahr 2011

Der eingangs skizzierte grundlegende Widerspruch lässt sich leicht erklären. Seit dem Wahltriumph 2007, als der Präsident die Liste seiner Partei bei der Dumawahl anführte und 64,3 Prozent der Wähler für diese Liste stimmten, versucht *Einiges Russland* mit allen Mitteln – selbst vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der „Nachkrisendepression“ – sich die absolute Mehrheit in allen regionalen Parlamenten zu sichern.

Dadurch gibt es praktisch kein Mehrparteiensystem mehr. Alle Oppositionsparteien zusammengenommen besitzen sowohl in der Staatsduma als auch in den meisten regionalen Parlamenten weniger als ein Drittel aller Sitze. Was *Einiges Russland* unter „Mehrheit“ versteht, ist in Wirklichkeit eine qualifizierte bzw. konstitutionelle Mehrheit. Präsident Dmitri Medwedew nannte *Einiges Russland* eine „großherzige Partei“, weil sie die von ihm initiierten Änderungen im Parteien- und Wahlrecht, welche die Konditionen des politischen Wettbewerbs etwas liberalisierten, befürwortet hat. In Wirklichkeit aber wurde diese „Großherzigkeit“ in den Reihen von *Einiges Russland* unterschiedlich wahrgenommen.¹ Auf jeden Fall haben diese Änderungen auf die Entwicklung des politischen Pluralismus nur begrenzten Einfluss: Bestenfalls gewährleisteten sie den Einzug aller drei parlamentarischen Oppositionsparteien in die meisten regionalen Parlamente.

Zwei miteinander zusammenhängende Besonderheiten des politischen Pluralismus in Russland sind besonders erwähnenswert. Zum einen ist die Staatsbürokratie bestrebt alle Oppositionsparteien zu kontrollieren. Das Jahr 2011 bescherte uns mindestens zwei Zeugnisse einer derartigen Kontrolle:

Die Nichtregistrierung der *Partei der Volksfreiheit* (auch als *Parnas* bekannt), die von bekannten Oppositionellen wie dem ehemaligen Ministerpräsidenten Michail Kasjanow, dem ehemalige Vize-Premier Boris Nemzow und dem ehemalige Dumaabgeordnete Wladimir Ryschkow angeführt wird. Außerdem die offene Förderung der rechtsliberalen Partei *Rechte Sache* mit dem bekannten Unternehmer Michail Prochorow an der Spitze. Als aber die Popularität dieser Partei stieg und Michail Prochorow sich weigerte, den Jekaterinburger Öffentlichkeitsvertreter Jewgeni Rojsman von der Parteiliste zu streichen, inszenierten die Machtstrukturen eine Spaltung der Partei, die zum Austritt Michail Prochorows und seiner Gleichgesinnten führte.

¹ Zentrum für sozial-konservative Politik (ZSKP): Stenogramm der Sitzungen von politischen Klubs der Partei Einiges Russland zum Thema "Aktuelle Diskussionsagenda der Politklubs" im Zentrum für sozial-konservative Politik. 2010. 28. März (<http://www.cscp.ru/clauses/6/397/c/4238/>).

Die zweite Besonderheit liegt in der gezielten Verwendung „administrativer Ressourcen“: Die Oppositionsparteien und Wähler werden durch die Bürokratie gezielt beeinflusst, um den maximalen Erfolg von *Einiges Russland* zu gewährleisten. Schon die ersten Wochen des Wahlkampfes zeugen davon, dass den Oppositionsparteien und –kandidaten bei der Registrierung für die Wahlen und während des Wahlkampfes Hindernisse in den Weg gestellt werden. Somit ist der politische Pluralismus in Russland zunehmend eingeschränkt. Die Staatsmacht versucht jede Möglichkeit auszuschließen, dass sie die Wahl verliert. Alle Präsidentschaftswahlen nach 1996 hatten ein niedriges Wettbewerbsniveau, sie waren stets ein Wettkampf zwischen dem Favoriten, einem Kreml-Kandidaten, und den oppositionellen Außenseitern. Die Parteien wetteiferten lediglich um einen geringen Anteil von Sitzen im institutionell schwachen Parlament.

Die Einschränkung des Pluralismus führt zu einer tiefen Vertrauenskrise zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft in der Zeit der „Postkrisendepression“, in einer Zeit also, in der es dringend notwendig ist, einen neuen politischen Kurs einzuschlagen. Die führenden Persönlichkeiten des Staates sind sich dessen bewusst, einen Ausweg suchen sie aber in neuen neokorporatistischen Konstruktionen wie der *Allrussischen Volksfront* oder der *Erweiterten Regierung*.

Solche Pläne verraten den Wunsch der Staatsmacht sich stärker des Rückhalts der Gesellschaft zu versichern. Dies geschieht jedoch lediglich in Form einer unverbindlichen Diskussion bei dominanter Stellung der Exekutive und ihrer Partei. Der Präsident sprach zwar davon, dass es unmöglich sei, „den politischen Prozess unendlich zu dominieren. Früher oder später wird unser System in jedem Falle so sein, dass die Macht weitergegeben wird“. Das ist allerdings eher eine langfristige Perspektive.

Wahlen als Wettbewerb von Programmen

Jeder Wahlkampf hat zwei Komponenten: Den Wettbewerb von Kandidaten und den Wettbewerb von Programmen. Letzteres erfüllten die Wahlkampagnen in Russland immer nur in begrenztem Umfang: Angesichts einer niedrigen Wahlkonkurrenz und fehlender Präzedenzfälle eines Machtwechsels ist der Wähler nicht gewohnt, konkrete Vorschläge und Forderungen zu analysieren und miteinander zu vergleichen.

Einiges Russland kündigte die Ausarbeitung eines „Volksprogramms“ an, das „nach einer sehr breiten Diskussion in allen Organisationen, die der *Allrussischen Volksfront* angehören“ zu verabschieden sei. Anfang September hieß es, dass sich an der Ausarbeitung und Diskussion über eine Million Menschen und mehrere hundert Experten beteiligt hätten. Es seien mehrere Dutzend Bände mit Programmvorschlägen erarbeitet worden.

Das Wahlprogramm von *Einiges Russland* besteht im Wesentlichen aus den programmatischen Reden Dmitri Medwedews und Wladimir Putins auf dem letzten Parteitag. Es enthält die allgemeinen Grundsätze und Prioritäten der Partei: Modernisierung der Wirtschaft, starke Sozialpolitik, Bekämpfung der Korruption, Festigung einer unabhängigen Justiz und die Weiterentwicklung des politischen Systems. Im Wahlprogramm lassen sich allerdings weder Instrumente noch Mechanismen für die Erreichung

dieser Ziele finden. Auch ein Bericht der Partei über die Umsetzung ihres früheren Programms fehlt. Es ist nicht möglich, aus dem Programm eine klare Vorstellung über den Kurs der zukünftigen Regierung und insbesondere über die konkrete Abfolge von Antikrisen- und Modernisierungsmaßnahmen zu erhalten. Es wird kein Wort darüber verloren, welchen konkreten Beitrag die größten Organisationen, die sich der Volksfront angeschlossen hatten, so z.B. die Gewerkschaften oder die Arbeitgeberverbände, zu diesem Programm geleistet haben.

Das Ergebnis der Konsultationen im Rahmen der *Volksfront*, das sogenannte „Programm der Volksinitiativen“, tauchte erst in der zweiten Oktoberhälfte im Internet auf. Es wurde als Dokument positioniert, das „die Schwerpunkte und Prioritäten der gesetzgeberischen Tätigkeit der Staatsduma in der nächsten Legislaturperiode bestimmt und die Entwicklungsrichtung für Russland vorgibt.“² Es besitzt jedoch nicht den formellen Status eines Parteiprogramms. Das 135-seitige „Programm“ besteht aus einer Auflistung von Empfehlungen, die insgesamt alle durchaus vernünftig und ausbalanciert erscheinen. Allerdings bleibt das Programm bei Empfehlungen. Da konkrete Maßnahmen nicht genannt werden, kann mit Hilfe des Programms das zukünftige Vorgehen der Behörden eher erraten als prognostiziert werden.³

Einschränkend sei gesagt, dass der Wahlkampf gerade erst begonnen hat: Vor der Wahl wird der Präsident noch eine Botschaft vor der Föderalen Versammlung abgeben. Zudem soll beim zweiten Parteitag von *Einiges Russland* Wladimir Putin offiziell als Präsidentschaftskandidat nominiert werden. Es ist nicht auszuschließen, dass bei diesen Anlässen neue Programmerkklärungen abgegeben werden. Zum jetzigen Zeitpunkt hat die regierende Partei, die garantiert auch die bevorstehenden Wahlen gewinnen wird, ihr Programm aber nur sehr vage formuliert. Sie hat noch nicht versucht, den aktiven Teil der Gesellschaft, der die Absichten der Regierenden mit größter Skepsis betrachtet, für ihr Programm zu gewinnen.

Recht traditionell wirken auch die Programme der Oppositionsparteien. Sie reagieren auf die Skepsis der Gesellschaft lediglich mit Alarmismus und der Forderung nach einem grundlegenden Wandel. Ihre konkreten Vorschläge wirken indessen wenig originell.

Praktisch alle Oppositionsparteien kritisieren das bestehende politische System wegen seiner schwachen Konkurrenz und dem Machtmonopol - Sie schlagen vor, zur Wahl der Gouverneure zurückzukehren, den Föderationsrat zu wählen und die Parteigesetzgebung zu liberalisieren. Außerdem brandmarken sie die Korruption und den hohen Grad der Bürokratisierung von Politik und Wirtschaft.

Es sei darauf hingewiesen, dass es mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse auch im dritten Jahrzehnt der postkommunistischen Entwicklung in der Gesellschaft immer noch keinen Konsens gibt. Die *KPRF* fordert offen eine breite Verstaatlichung der Großindustrie, in erster Linie des Bergbaus und der Gas- und Erdölindustrie, des Bankensystems sowie eine Rückkehr zu kollektiven Landwirtschaftsbetrieben.

² http://www.iseps.ru/pics/texts/Народные_инициативы.pdf

³ Zum Beispiel: Die Einstellung zur Ratifizierung von § 20 der UN-Konvention über die Eindämmung der Korruption ist recht vage formuliert: "Es ist an der Zeit die Lücke zu schließen". Was das Pensionierungsalter betrifft, so heißt es – zum Unterschied von den Schwüren des Einigen Russlands, es soll nicht angehoben werden – der Staat solle die spätere Pensionierung (auf freiwilliger Grundlage) stimulieren.

Gerechtes Russland und die *Jabloko-Partei* schlagen vor, die in den 90er Jahren privatisierten Betriebe mit einer hohen einmaligen Steuer zu belegen (ähnlich der "Windfall Tax", die 1997 in Großbritannien von der *Labour*-Regierung eingeführt wurde). *Gerechtes Russland* fordert zudem, den Kapitalexport aus Russland streng zu reglementieren und eine Luxussteuer einzuführen, die der Finanzierung großzügiger Sozialprogramme dienen soll.

Die Parteien versuchen ihre traditionelle Wählerschaft unter Betonung der für sie jeweils besonders relevanten Themen zu mobilisieren. Zwei Parteien fordern beispielsweise eine radikale Erhöhung des Rentenniveaus: *Gerechtes Russland* bis auf 60 Prozent vom ausgefallenen Verdienst und die *Rechte Sache* bis auf 40 Prozent. Erstaunlicherweise enthält das Programm der *KPRF* keine derartige Forderung.

Zwei Parteien bedienen sich der nationalistischen Stimmung im Land, um Wähler zu erreichen. Die Programme der *KPRF* und der *LDPR* enthalten eindeutig antiwestliche Parolen. Die Kommunisten kritisieren heftig die „aggressive Politik“ der USA und der NATO und die Kompromissbereitschaft der russischen Politik. Die Partei behauptet außerdem, sie habe „das russische Thema ernsthaft durchgearbeitet“, und bietet Maßnahmen zur Lösung der nationalen Frage an. Dabei verfällt sie jedoch nicht in eine ausschließlich nationalistische Tonlage, die in den Reihen der Partei zuletzt oft zu hören war.

Die *LDPR* leitet ihr Programm mit einem Bild des „Ethnozids“ des russischen Volkes ein und gibt sich als „Beschützerin der Russen“, wobei sie sofort einschränkt, dass sich ihr Programm nicht gegen die anderen Völker Russlands richte.

Die *KPRF* und *Gerechtes Russland* appellieren an die konservativen Wähler, indem sie zorn erfüllt über das „Zombie-Fernsehen“ und die „geistige Aggression“ gegen das russische Volk herfallen. Populär sind außerdem Themen wie die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer und die Förderung des Eigenheimbaus durch den Staat.

Die Teilung in rechts und links zeigt sich ziemlich klar. Die *KPRF*, *Gerechtes Russland* und die *Patrioten Russlands*, die ein ähnliches Programm haben, stehen dem rechten Programm der *Rechten Sache* und der rechtspopulistischen *LDPR* gegenüber. Im Programm der *Jabloko-Partei* verbinden sich liberale Werte, auf denen der Hauptakzent liegt, mit sozialen Forderungen. Das Programm von *Einiges Russlands* lässt sich schwer eindeutig als links oder rechts verorten.

Zum Abschluss der Programmauswertung sei nochmals betont, dass die „Partei der Macht“ ihre Pläne recht lakonisch darlegt, während die Opposition ihre Programme an den Erwartungen ihrer traditionellen Wählergruppen orientiert: Von einer Diskussion der Entwicklungswege des Landes lässt sich weder mit Blick auf die Wahlprogramme noch im Hinblick auf den Wahlkampf sprechen.

Wahlen als Parteienwettbewerb

Bereits vor dem Wahltag lässt sich mit großer Sicherheit festhalten, dass es keine grundlegenden Veränderungen in der Duma-Zusammensetzung geben wird. Nur zwei Fragen sorgen mit Blick auf den Urnengang für eine gewisse Spannung: Wird *Einiges Russland* die konstitutionelle Mehrheit von mehr

als 301 Mandaten behalten oder muss sie sich mit einer einfachen Mehrheit begnügen? Wird *Gerechtes Russland* eine vollwertige Fraktion in der Duma bilden oder nicht?

Tabelle 1. Vorwahlumfragen Duma-Wahl 2011

	WZIOM (Prognose)	FOM (Prognose)	WZIOM (Prognose)
Datum der Umfrage:	8. Oktober	8. bis 9. Oktober	19. Oktober
<i>Einiges Russland</i>	44%	41%	53,8%
<i>KPRF</i>	13%	11%	17,1%
<i>LDPR</i>	8%	10%	11,3%
<i>Gerechtes Russland</i>	3%	5%	7,9%
<i>Jabloko</i>	1%	1%	3,3%
<i>Rechte Sache</i>	1%	weniger als 1%	2,1%
<i>Patrioten Russlands</i>	1%	1%	2,0%
Wollen Wahlzettel ungültig machen	-	-	2,5%
Kommen zur Abstimmung nicht	16%	16%	
Keine klare Antwort	13%	14%	

WZIOM - Allrussisches Zentrum für Meinungsforschung

FOM - Stiftung „Öffentliche Meinung“

Einiges Russland

Zu Beginn des Wahlkampfes sieht sich die „Partei der Macht“ mit einem absteigenden Trend in der Wählergunst konfrontiert. Der im Sommer unternommene Versuch einer Erneuerung der Partei durch die Schaffung der *Allrussischen Volksfront* hatte nur eine begrenzte Wirkung.

Der Anspruch auf die Bildung einer breiten politischen Koalition im Rahmen der *Allrussischen Volksfront* blieb im Großen und Ganzen unerfüllt. Wie bereits dargelegt, lässt sich der Beitrag verschiedener Verbände zur Gestaltung des Programms nicht einschätzen, weil dieses Programm der Öffentlichkeit nicht vorgelegt wurde. Außerdem hatte ein großer Teil der Verbände (Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Frauenorganisationen u.s.w.) auch früher schon in dieser oder jener Form mit *Einiges Russland* zusammengearbeitet. Was die Erneuerung des Abgeordnetenkorps dieser Partei betrifft, ist die *Allrussische Volksfront* zwar bedeutend: Von den 315 Duma-Abgeordneten der laufenden Legislaturperiode wurden nur 172 in die neue Kandidatenliste aufgenommen, 30 Prozent der Kandidaten sind parteilos. Das Verfahren ihrer Nominierung bei der Vorwahl war aber in der Regel rein formell: Die Partei- und Verwaltungsbürokratie haben den Prozess sorgfältig kontrolliert, die meisten „neuen Gesichter“ waren bereits vorher in den Machtstrukturen eingebunden. Viele starke Abgeordnete, die ein schlechtes Verhältnis mit den jeweiligen Gouverneuren hatten, wurden in andere Regionen versetzt, was die ohnehin schon minimale Verbindung vieler Abgeordneten zu ihren regionalen Wählern weiter schwächt. Man

muss sagen, dass die „Säuberung“ der Parteireihen ohne die Bildung der *Volksfront* und das Mittel der Vorwahl im Endeffekt die gleichen Ergebnisse gebracht hätte. Sie wäre nur noch intransparenter gewesen. Auch nach der Bildung der *Volksfront* nehmen die Umfragewerte von *Einiges Russland* und der führenden Vertreter des Staates weiterhin ab. Selbst nach dem Parteitag von *Einiges Russland*, auf dem erklärt wurde, dass Dmitri Medwedew die Parteiliste anführen und Wladimir Putin zum Präsidentschaftskandidaten nominiert werden soll, blieben die Umfragewerte im Wesentlichen unverändert.

Im Unterschied zu 2007, als Wladimir Putin erklärt hatte, er werde die Liste von *Einiges Russland* anführen, ist gegenwärtig kein bedeutender Anstieg des Ansehens der Machtvertreter zu beobachten. Das kann zum einen damit erklärt werden, dass die Gesellschaft schon gewohnthermaßen die führenden Vertreter des Landes mit *Einiges Russland* verbindet und es hier keinen Neuheitseffekt mehr gibt. Zum anderen spiegeln die Umfragewerte auch sinkende Zustimmungswerte zur Partei und ihrer Führung wider.

Trotz aller unstrittigen Vorteile wird *Einiges Russland* im Vorfeld der Wahlen mehrere schwere Aufgaben bewältigen müssen. In erster Linie geht es darum, die persönlichen Images und die politischen Profile ihrer beiden Spitzenpolitiker, den Konservatismus Wladimir Putins und den Modernismus Dmitri Medwedews, unter einen Hut zu bringen. Beide widersprechen sich eher, als dass sie sich ergänzen, wie es die Parteipropaganda jetzt zu deuten versucht. Andererseits besteht das Risiko, dass in der Wählerschaft von *Einiges Russland* eine „negative Minderheitenkoalition“ entsteht: Ihr paternalistisch gestimmter Teil ist mit der Stagnation des Lebensstandards unzufrieden, während der dynamisch-liberale Teil die Trägheit und Perspektivlosigkeit des offiziellen Kurses beklagt. In Reserve hat *Einiges Russland* noch die offizielle Nominierung Putins zum Präsidentschaftskandidaten, die Aktivierung der staatlichen Institutionen, neue paternalistische Versprechungen und die Möglichkeit, bedeutende Ressourcen einzusetzen und Agitatoren zu mobilisieren. Ein bedeutender Popularitätsanstieg der Partei der Macht ist jedoch wenig wahrscheinlich. Es lässt sich schwer vorhersagen, in welchem Umfang man auf die „administrative Ressource“ zurückgreifen wird. Dieses Mittel dürfte aber kaum maximal genutzt werden.

Eine qualifizierte Mehrheit (über 300 Mandate) in der Duma kann *Einiges Russland* nur dann erreichen, wenn zwei Faktoren zusammenkommen: *Einiges Russland* muss 58 bis 60 Prozent der Stimmen gewinnen und die Parteien, die unterhalb der 7-Prozent-Grenze bleiben, müssen insgesamt einen wesentlichen Stimmenanteil (mehr als 10 Prozent) auf sich vereinigen.

Kommunistische Partei der Russischen Föderation

Die KPRF bleibt die mit Abstand größte Oppositionspartei in Russland. Ungeachtet dessen, was die Kommunisten offiziell verlautbaren lassen und wie viele „junge Gesichter“ sich auf ihrer Wahlliste befinden (den dritten Platz in ihrer Kandidatenliste belegte der Führer des Jugendflügels Juri Afonin), besteht ihre Kernwählerschaft aus älteren Bürgern, die Nostalgie nach dem Sowjetsystem verspüren. Die

KPRF bleibt nach wie vor dieser Wählerschaft verpflichtet, deshalb kann sie sich nicht dazu entschließen, ihre Ideologie – die das politische und ökonomische System des heutigen Russlands negiert – zu ändern. Diese feste Bindung erklärt auch die Dominanz konservativer Politiker in der Parteiführung: Der sozialdemokratische Trend ist dort heute wohl sogar schwächer als noch vor zehn Jahren.

Die Kernwählerschaft der *KPRF* besteht in den letzten Jahren immer mehr aus Menschen, die, ohne die Ideologie dieser Partei zu teilen, bewusst die stärkste unter den russischen Oppositionsparteien wählen. Solche Wähler sind in Großstädten zahlreicher als auf dem Land und in Kleinstädten. Es lässt sich nur schwer genau vorhersagen, wie viele Menschen so stimmen werden und daher auch wie das Gesamtergebnis dieser Partei ausfallen wird. Man kann jedoch mit einiger Sicherheit vorhersagen, dass die *KPRF* bei der Wahl mit 15 bis 20 Prozent den zweiten Platz in der Wählergunst belegen wird.

Liberal-Demokratische Partei Russlands

Während die Kommunisten von der älteren Wählerschaft mit ihrer Sowjetnostalgie abhängen, bleibt die einzigartige Persönlichkeit Wladimir Schirinowskis der wichtigste Erfolgsfaktor der *Liberaldemokraten*. Er verkörpert die Synthese von zwei verschiedenen Arten von Wählern: Einerseits wird die Partei von Männer mittleren Alters mit niedrigem sozialem Status (darunter Militärangehörige), die aus verschiedenen Gründen frustriert sind und zu Nationalismus autoritären Entscheidungen und einer Politik der „starken Hand“ neigen, gewählt. Andererseits geben auch junge Menschen (vorwiegend bis 25 Jahre), zu einem großen Teil Studenten, der Partei ihre Stimme: Sie fühlen sich angezogen durch die ungewöhnlich markante Persönlichkeit Schirinowskis, durch sein publikumswirksames Auftreten und in bestimmtem Maße durch seinen antiwestlichen Nationalismus. Der *LDPR*-Führer, der meisterhaft mit populistisch-nationalistischen Parolen jongliert, hat alle Chancen, mit rund 10 Prozent der Wählerstimmen seine Partei wieder in die Duma zu bringen.

Gerechtes Russland

Nachdem Sergej Mironow, der Führer von *Gerechtes Russland*, den Posten des Vorsitzenden des Föderationsrates verloren hatte und die Machtstrukturen das Projekt der Erneuerung der Partei *Rechte Sache* unterstützt hatten, schienen die Chancen von *Gerechtes Russland* in die Duma einzuziehen nicht sonderlich groß zu sein. Jedenfalls traten kaum noch aussichtsreiche Politikern der Partei bei. Nun aber, da die *Rechte Sache* praktisch aus dem Wahlkampf ausgeschieden ist, hat die Partei zu einem Kompromiss zwischen der strengen Opposition gegenüber den Machtstrukturen – sie ging so weit, dass sie „systemfremde“ Politiker wie Wladimir Ryschkow einlud, auf ihrer Liste zu kandidieren – und der alten Linie der „Halbopposition“ gefunden.

Die Partei hat ihre wichtigsten Vorzüge behalten: das attraktive Image einer Kämpferin für soziale Gerechtigkeit sowie einer gemäßigten Partei. Gemäß allen soziologischen Umfragen verfügt sie über die größte „Wählerschaft der zweiten Wahl“: Anhänger verschiedener politischer Kräfte betrachten diese Partei als eventuelle Abstimmungsalternative. Für rationale Wähler, die nicht für die „Partei der Macht“

stimmen wollen und zugleich eine Abneigung gegen die Kommunisten und die Schirinowski-Partei haben, wird sie zur ersten Wahl. Bei den Wahlen von 2007 und den nachfolgenden Regionalwahlen konnte *Gerechtes Russland* im Vergleich zu den recht niedrigen Vorwahlumfragewerten den größten Stimmenanstieg verzeichnen. Die Partei hat in ihren Reihen Veteranen des Abgeordnetenkorps wie Oksana Dmitrijewa, Gennadi Gudkow und Galina Chowanskaja, die den Wählern gut bekannt sind. Das Programm der Partei hat einen ausgesprochen paternalistischen, an der Ressourcenverteilung orientierten Charakter. Zugleich akzentuiert die Partei auch Themen, die mit der Liberalisierung des politischen Systems verbunden sind, und kritisiert stärker als bei den letzten Wahlen die Behörden.

Obwohl das Ranking der Partei niedrig bleibt, zeigen die meisten Prognosen, dass sie die 7-Prozent-Hürde nehmen und in die Duma einziehen kann – besonders vor dem Hintergrund der stagnierenden Popularität von *Einiges Russland*. *Gerechtes Russland* wird aber wahrscheinlich sowohl der *KPRF* als auch der *LDPR* unterliegen.

Jabloko

Die *Jabloko-Partei*, die bei den beiden letzten Wahlen (2003 und 2007) nicht in der Duma vertreten war, setzte ihren Gründer und ehemaligen Vorsitzenden Grigori Jawlinski an die Spitze ihrer Kandidatenliste. In ihrem Programm kommen liberale und ökologische Werte besonders deutlich zum Ausdruck. Eine der Prioritäten ihres Wirtschaftsprogramms ist das Projekt „Boden, Häuser, Straßen“, das die kostenlose Vergabe von Grundstücken und Infrastrukturmaßnahmen für den Eigenheimbau vorsieht sowie durch die Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze in der Verarbeitungsindustrie den Arbeitsmarkt stimulieren soll.

Ein derartiges Wahlprogramm ist potentiell hochattraktiv, die *Jabloko-Partei* hat es aber nicht geschafft ihre gewohnten Grenzen zu überwinden. Die meisten Wähler glauben nicht daran, dass sie in die Duma einziehen wird und dass ihre Führung imstande ist, sich mit den anderen liberalen Oppositionskräften zu gemeinsamen Vorhaben zusammenzuschließen.

Jabloko könnte zusätzliche Stimmen von den liberal gesinnten Wählern, die von dem Scheitern der Rechten Sache enttäuscht sind, erhalten, aber selbst bei optimalen Verlauf des Urnengangs erscheint es mehr als fraglich, ob die Partei die 7-Prozent-Hürde überwinden wird. Selbst 5 Prozent der Stimmen, die sie zu einer symbolischen Präsenz in der Duma (ein Abgeordneter) berechtigen würden, scheinen schwer erreichbar zu sein.

Rechte Sache

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt des Wahlkampfes ist es wohl nicht mehr notwendig ausführlich über Michail Prochorows Versuch zu diskutieren, mit Zustimmung des Kremls die rechtsliberale Partei *Rechte Sache* zu neuem Leben zu erwecken. Zwar hat sich bis Anfang September ein Anstieg der Popularität dieser Partei abgezeichnet. Der Versuch sich der Kontrolle und dem Druck von Seiten der Machtstrukturen zu widersetzen, führten zu einer vom Kreml provozierten Spaltung der Partei und zu einem Ausstieg Michail Prochorows und seiner Anhänger aus der Partei. *Rechte Sache* erbte zwar ein rechts-

liberales Programm, für einen selbständig denkenden Wähler erscheint sie aber nicht mehr attraktiv. Die Umfragewerte der Partei sanken sofort auf ein Minimum (unter ein Prozent). In dem jetzigen Zustand kann die Partei nicht einmal eine Spoilerrolle spielen: Sie kann niemandem mehr Stimmen abjagen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass das gegenwärtige Russland eine rechtsliberale Partei benötigt – besonders wenn es um die Modernisierung Russlands geht. Die Unfähigkeit des russischen Machtapparats, selbst eine begrenzte Autonomie und demzufolge auch eine Konkurrenz seitens einer gemäßigten Partei zuzulassen, führt jedoch dazu, dass eine solche politische Kraft nicht in das neue Parlament einziehen wird.

Patrioten Russlands

Die Partei *Patrioten Russlands* bleibt ein Außenseiter der russischen Parteienlandschaft. Ihr Programm wirkt wie ein schwacher Abklatsch des Programms von *Gerechtes Russland*. Den *Patrioten* bleibt wohl nichts anderes übrig, als ein Spoiler für diese Partei zu sein.

Kurzes Fazit

Eine Bilanz des bereits laufenden Wahlkampfes stimmt alles andere als optimistisch. Die bisherige politische Zusammensetzung der Duma bleibt sehr wahrscheinlich ohne große Veränderungen bestehen, auch wenn der Anteil von *Einiges Russland* zurückgehen mag. Die Oppositionsparteien *KPRF* und die *LDPR*, die voraussichtlich wieder in die Duma einziehen, werden ihre Wähler hauptsächlich in ihrer angestammten Wählerschicht finden. Selbst wenn ihre Wählerschaft sich um Protestwähler erweitern würde, bestünden ihre Wähler hauptsächlich entweder aus älteren Sowjetnostalgikern bzw. aus Wählern, die sich von einem charismatischen Führer angezogen fühlen. Ihre Programme bieten keine lebensfähigen Alternativen zum politischen Kurs des jetzigen und zukünftigen Machtapparats. Lediglich *Gerechtes Russland* mit seinem offen populistischen und paternalistischen Programm steht in Opposition zum Kreml, ohne den Rahmen des politischen Mainstreams zu verlassen, aber auch diese Partei dürfte, selbst unter optimalen Umständen, zukünftig nur mit einer relativ kleinen Fraktion in der Duma vertreten sein.

Die Diskussion über die Zukunft des Landes wirkt kraftlos, obwohl der Wahlkampf dafür eigentlich eine gute Gelegenheit geboten hätte: Die „Partei der Macht“ hat dem Land keine Vision für die Entwicklung des Landes vorgestellt. Gleichzeitig konzentriert sich die Opposition überwiegend darauf, den Erwartungen ihrer Wähler gerecht zu werden. Eine gehaltvolle Diskussion über die Zukunft des Landes wird nicht geführt. Ein derartiger Wahlkampf zerstreut weder die in der Gesellschaft verbreitete Skepsis noch das Gefühl der Ungewissheit hinsichtlich der individuellen und kollektiven Zukunftsperspektiven, sondern verstärkt sie im Gegenteil.

Die Initiativen des Machtapparats, wie die Gründung der *Volksfront* oder das Versprechen einer *Erweiterten Regierung* sind ein indirektes Zeugnis dafür, dass die Machtstrukturen ein Vertrauensdefizit in der Gesellschaft wahrnehmen und versuchen, die Situation zu ändern.

Es ist jedoch schon jetzt absehbar, dass die Parlamentswahl dieses Problem nicht lösen kann. Eine ernst zu nehmende Umgestaltung der Parteienlandschaft und eine Weiterentwicklung des politischen Pluralismus sind nur zu erwarten, wenn die folgenden Voraussetzungen geschaffen werden: Die vom Staat wahrgenommene Notwendigkeit, die Gesellschaft in die Politik einzubeziehen, muss endlich in konkrete Schritte umgesetzt werden. Die Reform der Partei *Einiges Russland*, von welcher ihr Spitzenkandidat Dmitri Medwedew spricht, muss gründlich sein und dazu führen, dass die „Partei der Macht“ in eine reale politische Kraft verwandelt wird, die den aktiven Teil der Bevölkerung in ihre Aktivitäten einbezieht und eine wahre „innerparteiliche Demokratie“ aufbaut. Der Machtapparat muss auf die Kontrolle potentieller Wettbewerber verzichten und weitere Schritte auf dem Wege zur Liberalisierung des politischen Wettbewerbs einleiten.

Die Chance, die der gegenwärtige Wahlkampf für eine solche Entwicklung gegeben hätte, darf jedoch schon als verpasst gelten.